

Ablösung vor!

Von den Gewerkschaften zur Union.

Eine Klarstellung der Ziele der
deutschen unionistischen
Bewegung.

Von Arthur Bartels.

Int. Institut
Soz. Geschichte
Keizersgracht 204
Amsterdam-G.

Gelsenkirchen 1920

Verlag: Freie Arbeiter-Union, Gelsenkirchen, Weidenstraße 1.

Ablösung vor! Von den Gewerkschaften zur Union!

Vorwort.

Der nichts weniger als echt militärisch ausschauende Haupttitel der vorliegenden kleinen Arbeit, die eine Schutzhaftarbeit ist, bringt scharf und treffend zum Ausdruck, was die Schrift verlangt, was sie mit derselben Schärfe fordert, die ihrem Titel eigen ist, nämlich die Ablösung des Alten, Ziellosen, Müden, Unsicheren, ja Verräterischen in den Gewerkschaften, also im Ganzen ihrer selbst. Es liegt auf der Hand, daß im Rahmen einer Broschüre die Gewerkschaftsfrage in ihrem ganzen Umfange nicht aufgerollt werden kann, daß die gezogenen Schlußfolgerungen nicht so eingehend begründet werden können, wie das eigentlich notwendig ist. Die ausführliche Beweisführung muß einer späteren, umfangreicheren Arbeit vorbehalten bleiben, die nicht auf sich warten lassen wird, sobald der Zweck dieser Schrift erreicht ist, nämlich: die Revolutionierung, den Umsturz der Gewerkschaften in ein System zu bringen, d. h. die zum großen Teil noch rein gefühlsmäßig urteilenden und handelnden „Gewerkschaftsrevolutionäre“ zu einer bewußt und folgerichtig vorwärtsstrebenden Masse zu vereinigen. Ich bin mir bewußt, daß ich mit dieser Schrift die gesamte Bürokratie des alten Gewerkschaftsstaates, des konterrevolutionären Staates im „demokratischen“ Staate in die Schranken fordere, dessenungeachtet gebietet die konsequent marxistische revolutionäre Methode dem klassenbewußten Proletariat, Front zu nehmen gegen die Verbürgerlichung der proletarischen Kampforganisationen, und zwar nicht durch das opportunistische Mittel der Reform, sondern durch das revolutionäre Mittel des Umsturzes.

Der Verfasser.

I. Teil.

Von den Gewerkschaften.

Die deutschen Gewerkschaften haben in den entscheidenden Augenblicken versagt, daran zweifeln selbst eingeffeierte Gewerkschaftler nicht. Die Verurteilung z. B. der Kriegspolitik der Generalkommission ist fast allgemein auch innerhalb der Gewerkschaften selbst. Vor das Forum des internationalen, klassenbewußten Proletariats gestellt, hat die deutsche gewerkschaftliche Organisation vor allen anderen das vernichtendste Urteil einzustecken. Ueber ihre Sünden im Einzelnen Ausführungen zu machen, würde eine unnütze Wiederholung des Vielgeschriebenen, und Vielgesprochenen bedeuten.

Es gilt, den Charakter des gewerkschaftlichen Wirkens herauszuschälen aus dem Gegebenen und zu wägen, welche Schritte das proletarische Interesse erfordert. Dabei genügt es nicht, die gegenwärtige Situation der Beurteilung zu Grunde zu legen, obgleich der Augenblick allein schon eine grundsätzliche Fragestellung gebieterisch fordert. Vielmehr ist es notwendig, die innere Struktur ihrer Organisation und Politik rückblickend zu prüfen unter dem Gesichtswinkel der marxistischen, und zwar der unverfälschten marxistischen Lehre.

Es liegt auf der Hand, daß hierbei die politischen Funktionen der Gewerkschaften von ihren wirtschaftlichen nicht getrennt werden können, womit hier sogleich einer der Kardinalfehler der gewerkschaftlichen Praxis berührt wird, nämlich das sogenannte Bekenntnis zum rein wirtschaftlichen Prinzip. Es ist bezeichnend, daß die Gewerkschaften durch die Jahrzehnte hindurch den Fluch der Lächerlichkeit mit sich herumgetragen und ständig erneuert haben, der in der immer wiederholten Phrase von dem „rein wirtschaftlichen Charakter“ begründet ist. Bei dem innigen Ineinandergreifen von Wirtschaft und Politik, bei ihrer gegenseitigen Wechselwirkung, die keineswegs erst Kriegs- oder Revolutionsprodukt ist, kann die immerwährende Anwendung besagter Phrase nur als Gedankenlosigkeit bezeichnet werden. Und diese Gedankenlosigkeit ist Eckstein am Gewerkschaftsbau bis in unsere Tage hinein geblieben — rein äußerlich. In Wirklichkeit hat sich die Gewerkschaftsbürokratie den Teufel was an die immer proklamierte politische Entsagung in der Gewerkschaft gekehrt, diese galt nur für die Gewerkschaftsmitglieder, nicht für die Bürokraten, die über den Mitgliedern stehen. Die Vermeidung politischer Wirksamkeit nämlich, die sie zu üben vorgab und noch vergibt, wenn auch neuerdings mit einigen Einschränkungen! Solange die Gewerkschaften sich als proletarische Interessenvertretungen ausgegeben haben, solange haben sie sich formell mit Händen und Füßen gegen die politischen Streiks gewehrt.

Dabei will es so gut wie gar nicht besagen daß hier und da revolutionäre Geister vorgestoßen sind. Diese geringen Ausnahmen bestätigen nur die Regel. Das rein wirtschaftliche Prinzip war den Gewerkschaftskönigen jedoch durchaus kein Hindernis, wenn es galt, mit den Parteien um die politische Vormachtstellung zu hadern. Wie oft haben nicht die führenden Gewerkschaftler, die Generalkommissionsmitglieder, sich als die Diktatoren der Partei, später der Parteien aufgespielt, ungeachtet dessen, daß die Gewerkschaften nur „gleichberechtigt im Kampfe der Arbeiterklasse“ sein sollten (Mannheimer Parteitag). Nun, auch die weiteren Mannheimer Beschlüsse sind von den Gewerkschaften ebensowenig befolgt worden wie von der Partei, die sie faßte, denn sie haben beide nicht „dem Befreiungskampfe des Proletariats gedient“, sondern vielmehr diesen Befreiungskampf auf der ganzen Linie sabotiert und während des Krieges und in der Revolution sogar offen bekämpft.

Zunächst also: Wenn sich angebliche proletarische Interessenvertretungen gegen politische Streiks wehren, ganz gleich, ob aus Grundsatz oder Taktik, so liegt darin unmittelbar das Bekenntnis zu antirevolutionärer Tendenz. Der Gegensatz zwischen Schein und Wirklichkeit in der Haltung der Gewerkschaften tritt hier kraß zutage, zugleich aber auch ihre Heuchelei oder der Unverstand inbezug auf die vorgeschobene oder vermeintliche Anwendung des Marxismus. Karl Marx hat nie einen Zweifel darüber gelassen, daß der Emanzipationskampf des Proletariats die Zertrümmerung der Staatsmaschine sein muß und daß der Sieg des Sozialismus von dieser Zertrümmerung abhängig ist. (Hierauf mag im weiteren noch näher eingegangen werden.) Die, gelinde gesagt, falsche Auffassung der Marx'schen Lehre vom Staat, wie sie von der offiziellen Sozialdemokratie (durch ihren Hauptvertreter Kautsky) vertreten wird (siehe Lenin: Staat und Revolution) darf keineswegs als Entschuldigung gelten, zumal diese verhängnisvollen Fehler längst genügend gezeichnet sind, trotzdem aber durchaus nicht eingesehen werden.

Wozu aber wurde das Märchen vom rein wirtschaftlichen Prinzip geboren und wozu diente es? Man mag gelten lassen, daß die Gewerkschaften ursprünglich tatsächlich rein wirtschaftlicher Natur sein wollten — faktisch sind sie es nie gewesen — so hat sich doch nur zu bald ihnen das politische Problem so aufdringlich gemacht, daß sie es auch äußerlich nicht mehr ignorieren konnten. Konsequentes Denken und Handeln hätte eine allgemeine offene Orientierung nach der politischen Seite hin erfordert, auch auf die Gefahr hin, in erhöhtem Maße illegal wirken zu müssen. In den schlimmsten Zeiten, unter dem Sozialistengesetz, spielten ohnedies die Gewerkschaften noch eine in der Hauptsache statistische Rolle, deren Kläglichkeit durch das krampfhaftige Bemühen um politischen Einfluß unter wirtschaftlicher Flagge nur noch erhöht wurde (siehe Kautsky: „Der Weg zur Macht“). Diese rein subjektive Ansicht stützt sich auf das Studium nicht des äußeren Scheines, sondern des Charakters der damaligen Organisation. Dieses politisch-wirt-

schaftliche Zwielticht brachte das den Organisationen angeschlossene Proletariat sowohl als auch das außenstehende auf den verhängnisvollen Irrweg, der in jene Charakterlosigkeit hineingeführt hat, die sich äußert in der Vergiftung des Klassenbewußtseins. Die Verbürgerlichung der Gewerkschaften selbst ist ein weiteres, sichtbares Zeichen dafür, wo die orthodoxe Gewerkschaftsbürokratie schließlich gelandet ist und wo sie unter solchen und ähnlichen Umständen landen mußte. In dieser Beleuchtung erscheinen die Gewerkschaften als eine immer mächtiger und komplizierter gewordene Verdummungsmaschine in Bezug auf den unverfälschten Marxismus. Die offiziellen Gewerkschaftsbeamten wurden, soweit sie opponierten, mit ebendenselben Mitteln in eine Art politisches Antimodernistenbekenntnis hineingezwungen, wie sie weiland der Kirchenstaat gegenüber den Vertretern der theologischen Lehrfreiheit anwandte. Trotz einer teilweise revolutionären Opposition ist das auch heute noch der Fall.

Es wäre durchaus unangebracht, etwa leugnen zu wollen, daß die Gewerkschaften es verstanden haben, eine Machtposition zu erringen, indem sie das Proletariat in ihren Organisationen zusammenzogen. Sie mögen das als „Erfolg“ buchen, in Wirklichkeit, das Gute vom Uebeln geschieden, bleibt es ein schlechter Dienst, den die Gewerkschaften dem Proletariat einerseits und dem Sozialismus andererseits geleistet haben. Der Erfolg der Gewerkschaften ist ein Erfolg der Bourgeoisie geworden. Sie haben die Massen nicht dem Sozialismus entgegengeführt, sondern entfremdet; das ist niemals deutlicher in Erscheinung getreten, als gerade in neuester Zeit, wo die Gewerkschaften allgemein die Hand zur Abwürgung der revolutionären Erhebungen geboten haben. Hierfür bedarf es der Anführung besonderer Beispiele deshalb nicht, weil die Tätigkeit der Gewerkschaften seit der Revolution sich fast ausschließlich auf diese Abwürgung beschränkte.

Ihre Haltung während der Revolution ist die folgerichtige Weiterentwicklung ihrer Kriegspolitik und diese wiederum ein Produkt der bereits erwähnten Gedankenlosigkeit. Wie es den Gewerkschaftsführern nicht einfallen konnte (nach einem bekannten Ausspruch) als offizielle Persönlichkeiten politische Motive zur Schau zu tragen, so haben sie auf der anderen Seite vielfach als zünftige Politiker im Banne Kautsky's dem Opportunismus Kränze geflochten und durch Beispiel, Rede und scheinrevolutionäre Geste die Massen auf ihre Art „für die Revolution vorbereitet“. Auf eine verfälschte Lehre Marx' eingeschworen, im allgemeinen verhältnismäßig unbelesen in seinen und Friedrich Engels politischen Schriften, ohne praktische Revolutions-Erfahrung, wuchs die alte Generation in friedlicher Arbeit in den Parlamenten heran und ist höchlichst erstaunt, daß der gut erzogene deutsche Arbeiter wirkliche Revolution „macht“.

Der Kampf der Gewerkschaften richtete sich nicht, da offiziell unpolitisch, gegen den Träger des kapitalistischen Systems, den Staat,

sondern bedeutete einfach einen Versuch zur Erringung wirtschaftlicher Besserstellung, also zur Reform, es wurde nicht die Machtposition des Kapitals angegriffen, nicht politische Revolution, sondern einfach soziale Reform wurde erstrebt. Das bedeutet nichts anderes, als die Erneuerung der utopischen Ziele der Owen, Saint-Simon usw. wofür u. a. auch der allmähliche Ausbau der Verbände zu reinen Geldinstituten spricht. Die ökonomische Macht des Geldes zu Kampfzwecken in Form von Propaganda und Streikunterstützung im Verein mit dem egoistischen Masseninstinkt rang in den Gewerkschaften dem Kapital nur Scheinkonzessionen ab, Scheinkonzessionen insofern, als der Profit z. B. in jeder Lohnaufbesserung eine Gelegenheit zu erneuter, unverhältnismäßig hoher Preissteigerung wahrzunehmen versteht.

Das politische Machtinstrument des Kapitalismus ist der Staat. Mit seiner Hilfe herrscht die ausbeutende Klasse; mit seiner Hilfe wandelt sie alle scheinbaren wirtschaftlichen Siege des Proletariats in Niederlagen.

Der Kampf gegen den Staat ist ein politischer.

Diesen haben die Gewerkschaften verleugnet. Die Festlegung ihrer Kampfweise auf das rein Wirtschaftliche bedeutet nichts anderes als den Kampf des Don Quixote gegen Windmühlen. Durch die absolute Betonung des Wirtschaftlichen, durch die antipolitische Kampfpapole wird den wirklich revolutionären Anläufen des Proletariats Schwung und Stoßkraft genommen.

Der Staat kann nicht überwunden werden durch Reform, denn Reform bedeutet Anerkennung des Staates.

Die nach Marx notwendige Zertrümmerung des Staates ist nur möglich durch Revolution. Die Gewalt weicht nur der Gewalt, sonst wäre sie nicht Gewalt. Die Wirksamkeit der Gewerkschaften ist Massensuggestion. Sie suggerieren jedoch den Arbeitermassen nicht sozialistisches revolutionäres Denken, sondern in ihrem wirtschaftlichen Prinzip

bürgerliche Ideologie unter dem Deckmantel Sozialismus.

Dies hat zur Folge eine Abkehr der gewerkschaftlich geführten Massen vom Sozialismus und macht sie zu dessen Gegnern und zu Helfershelfern der bürgerlichen Klasse, also zu ihren eigenen Unterdrückern.

Die Eigenschaft der freien Gewerkschaften als Massenorganisationen bezeichnet die Aufgabe, die ihnen einzig u. allein noch zuerkannt werden könnte, weil sie ihrer Natur nach für eine befriedigende Lösung prädestiniert erscheinen: Sammlung und Erziehung zum Klassenbewußtsein. Es wäre ein

schlechter Scherz, wenn jemand behaupten wollte, daß diese Aufgabe zur Genüge gelöst sei, wiewohl bei der übergroßen Mehrheit des handarbeitenden Industrieproletariats das Klassenbewußtsein tiefe Wurzel geschlagen hat. Hier fragt es sich, ob es bereits so fest verankert ist, daß es die weitere Propaganda in dem notwendigen Maße aus sich selbst heraus schöpft, d. h., ob die klassenbewußte Arbeiterschaft in der Lage ist, auszukommen ohne besondere Organisation zu dem einzigen Zwecke der Hebung und Ausbreitung des Klassenbewußtseins. Diese Frage kann mit gutem Gewissen bejaht werden. Aber selbst, wenn man sie verneinen wollte, so wäre durchaus nicht notwendig, daß man schweren Bedenken Raum gibt, weil viel einfachere Apparate zur Vertiefung des Klassenbewußtseins vorhanden bzw. im Entstehen begriffen sind. Wenngleich also diese Aufgabe der Gewerkschaften noch nicht gelöst ist, so können diese dennoch ohne schwere Bedenken davon enthoben werden. Eine etwas andere Behandlung erfordert die Frage der Kopfarbeiter- und Beamtenorganisationen, sowie die der Handarbeiter in Kleinbetrieben und auf dem Lande, die hier zunächst offen gelassen wird, um der Klarheit der Darlegungen keinen Abbruch zu tun. Das Problem ist so umfassend, daß es einer besonderen Arbeit vorbehalten bleiben muß. Es ist notwendig, mit der Untersuchung der zuträglichen Organisationsform für das Hauptkontingent der Arbeiterschaft das in den Großbetrieben konzentriert ist, zu beginnen. Das geschieht im zweiten Teil dieser Schrift.

Eine Prüfung der weiteren gewerkschaftlichen Funktionen führt zu einem gleich negativen Ergebnis. Die gewerkschaftlichen Wohlfahrtseinrichtungen der verschiedensten Art sind in ihrer Wirkung als weit eher abschwächend als förderlich für den revolutionären Kampfesgeist anzusprechen. Sie sind geeignet, den Arbeiter die Last der kapitalistischen Frön tragen zu helfen und ihn über die Rücksichtslosigkeit der Ausbeutung hinwegzuläuschen. Erscheint auch diese Argumentation wegen ihrer Einfachheit ziemlich billig, so liegt jedoch keinerlei Anlaß vor, zugunsten der Gewerkschaften darauf zu verzichten. Die Revolutionierung der Geister ist das A und O der sozialistischen Kampfweise, das darf auch angesichts der Wohlfahrtseinrichtungen nicht vergessen werden. Hiermit sollen nicht betroffen werden Rechtsschutz, Rechtsberatung und Streikunterstützung, von denen übrigens auch nur letztere einen gewissen Organisationsradius erfordert.

Während der deutschen Revolution, hauptsächlich zu deren Beginn, sind die Gewerkschaften an Zahl gewaltig gewachsen. Für diese Erscheinung braucht man nach einer Erklärung nicht zu suchen, denn es ist handgreiflich, daß der politische Umschwung die tiefere Ursache dafür in sich schließt. Waren die Gewerkschaften schon vor dem Kriege ein Machtfaktor, so sind sie es mit der Revolution erst recht geworden, allerdings in einem für den Sozialismus durchaus negativen Sinne. Der Zustrom brachte nichts als indifferente Kräfte, Kunjunkturjünger der Arbeiter-

bewegung, die weder das gewerkschaftliche noch das sozialistische A-B-C kannten, dafür aber umso mehr im bürgerlichen Fahrwasser segelten und die Entscheidungen in den Verbänden verschiedentlich stark antisozialistisch beeinflussten. Jedenfalls aber brachte der Zustrom zugleich eine wesentliche Erhöhung der Verbands-einnahmen, was neben der Zahlenreklame die Hauptsache für die Gewerkschaftsgrößen zu sein scheint. Gerade dieser Kräftezuwachs ist als von maßgebendem Einfluß auf die Machtstellung der Gewerkschaften innerhalb des Staates, überaus beachtlich. Er bedeutet die Vollendung einer Entwicklungsperiode, die mit der Tatsache des Bestehens eines Staates im Staate etappenförmig abschließt. Diese Erkenntnis führt zu einem überaus wichtigen Resultat.

Inwiefern bilden die Gewerkschaften einen Staat im Staate mit allen Eigenschaften eines solchen? Es gilt, diese Frage konkret zu beantworten.

Friedrich Engels sagt vom Staate („Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“):

„Er (der Staat) ist vielmehr ein Produkt der Gesellschaft auf bestimmter Entwicklungsstufe; er ist das Eingeständnis, daß diese Gesellschaft sich in einen unöbären Widerspruch mit sich selbst verwickelt, sich in unversöhnliche Gegensätze mit sich selbst gespalten hat, die zu bannen sie ohnmächtig ist.“

Um diese unversöhnlichen Gegensätze, den Gesellschaftskonflikt, zu dämpfen, die Gesellschaft innerhalb der Schranken der „Ordnung“ zu halten, wurde eine Macht nötig, der Staat. Es liegt in der Natur dieses Staates, daß er sich über die Gesellschaft stellt und sich ihr mehr und mehr entfremdet.

Voraussetzung für das Bestehen des Staates ist also zunächst der durch die unversöhnlichen Gegensätze (Klassen) der Gesellschaft erzeugte Widerspruch mit sich selbst. Doch das allein kennzeichnet bekanntlich noch nicht das Wesen des Staates. Vielmehr gehört ein bestimmter Apparat dazu, um einer solchen Institution den Charakter des „Staates“ zu verleihen, der Unterdrückungsapparat. Dieser erst macht aus ihm das Instrument, welches er sein soll und sein will, er besteht aus der bewaffneten Macht, den „Gefängnissen und Zwangsanstalten aller Art“ und dem Beamtenkörper.

Will man die Gewerkschaften als Staat im Staate bezeichnen, so müssen ihnen alle diese Eigenschaften nachgewiesen werden, und die gleichen Voraussetzungen müssen für sie zutreffen.

Der Widerspruch in den Gewerkschaften ist zugleich politischer und ökonomischer Natur. Er ist unlösbar und hat die Eigenschaft von Klassengegensätzen. Der Beweis für diese Behauptung ist im Vorhergehenden zum Teil bereits erbracht. Den Charakter der Gewerkschaften als Staat im Staate leugnen, hieße den Staat überhaupt leugnen. Der Staat hat seine Machtfunktionen auf die Gewerkschaften proportional übertragen und die Gewerkschaften haben sich diese zu eigen gemacht, Rein äußerlich tut sich das

Zustand in der Anerkennung der Gewerkschaften durch den Staat. Da die Gewerkschaften sich in einen unlöslichen Widerspruch mit sich selbst verwickelt haben, so ist es natürlich, daß die innerhalb ihrer selbst sich äußernden Gegensätze unversöhnlich sind. Eine nähere Betrachtung wird das sogleich erweisen: Mit der Spaltung der politischen Parteien des Sozialismus haben sich die consequent marxistischen, revolutionären Arbeiter von dem pseudo-marxistischen, reformistischen Teile der Arbeiterschaft getrennt. Die Schlagworte der beiden Richtungen sind die Diktatur, die Demokratie. Das bedeutet Revolution auf der einen, Evolution auf der anderen Seite. Da nach marxistischer Lehre zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere liegt, der als politische Uebergangsperiode nur die revolutionäre Diktatur des Proletariats entspricht, so sagen sich die Evolutionisten, die Demokratiejuger, mit ihrer Absage, ja Bekämpfung der Diktatur, vom Marxismus los. Sie verlassen damit faktisch die Bahn des Sozialismus und werden zu Vertretern eines rein demokratischen Liberalismus, der sich in dem Erstreben einer mehr oder minder freiheitlichen Ausgestaltung des bestehenden Staates gefällt. Ihre Tendenzen sind bürgerliche geworden, sie selbst ein Faktor innerhalb der Bourgeoisie. Sie bilden jedoch eine besondere Gruppe der Bourgeoisie mit einer das Bürgertum selbst in einigem umgestaltenden Tendenz, weshalb sie hier als die Jung- oder Neubürgerlichen bezeichnet werden sollen.

Der Kampf zwischen den Anhängern der Diktatur und den Anhängern der Demokratie findet seinen Niederschlag in den Gewerkschaften; sie sind ebensowohl wie das gesamte Land natürliche Schaubühne des politischen Ringens, und zwar des Ringens des Proletariats als Klasse gegen die Neubürgerlichen als Klasse, welche letztere durch Blut und Eisen auch äußerlich die Klassengenossenschaft mit dem alten Bürgertum besiegelt hat. Trotzdem u. a. alle Verbandsgeneralversammlungen diesen wütenden politischen Kampf widerspiegeln, bleiben die Gewerkschaften „offiziell“ unpolitisch und führen förmliche Indianertänze um dieses goldene Kalb, die gleißende Lüge auf. Es ist ein Verhängnis der deutschen Revolution, daß sie den Charakter der Gewerkschaften als Staat mit den Klassen eines solchen erst jetzt zu erkennen beginnt.

Innerhalb der Gewerkschaften spitzten sich die Gegensätze immer mehr zu. In Verkennung ihres staatlichen Charakters ist sich die Opposition noch nicht darüber klar geworden, daß der Kampf um die Eroberung der Gewerkschaft

ten, ebenso wie die um die Eroberung des „offiziellen“ Staates, nicht mit demokratischen, sondern mit den Mitteln des Umsturzes geführt werden muß entsprechend der Marx'schen Lehre, die der Marxist hier wie überall in Anwendung zu bringen hat. Der Hinweis auf diese Notwendigkeit gehört zum Zweck dieser Schrift.

Es ist jedoch klar, daß auf Grund der bisherigen Ausführungen der Charakter der Gewerkschaften als Staat noch nicht genügend demonstriert und bewiesen ist. Zum Wesen des Staates gehört nach Engels vor allem die organisierte, bewaffnete Macht zu dem Zwecke, die Gesellschaft in den Schranken der Ordnung zu halten, mit ihrem Anhängsel von Gefängnissen und Zwangsanstalten aller Art, mit einem Wort der Unterdrückungsapparat. Auf einer Pressekonferenz in Dortmund äußerte sich der jetzige Preußische Minister des Innern, Severing, damaliger Staats- und Reichskommissar für das rheinisch-westfäl. Industriegebiet, über die Gewerkschaften etwa folgendermaßen: „Die Regierung erkennt die großen Verdienste der Gewerkschaften während des Krieges und insbesondere um die Hebung der Produktion zum Wiederaufbau des Landes dankbar an. Sie wird allen Versuchen, diesen von ihr anerkannten Arbeiterorganisationen Abbruch zu tun, mit den allerschärfsten Mitteln entgegentreten.“ Hieran knüpfte dieser Schützengel der gefährdeten Gewerkschaften Ausführungen und Begründungen der Regierungsmaßnahmen, die in Form von Versammlungsverboten, Zeitungsverboten, Sistierungen führender Personen in bezug auf die angeblich syndikalistische Freie Arbeiter-Union vorgenommen worden waren. Die unglücklichste Spitze, die schändlichste Unterdrückung der überall, besonders im Industriegebiet ins Leben tretenden antigewerkschaftlichen Organisationen, die durchweg grundrevolutionär sind, latein im Verein mit der willkürlichsten, allem Recht und aller Menschlichkeit hohnsprechenden Verhängung unzähliger Freiheits- und Geldstrafen durch die außerordentlichen Kriegsgerichte über leitende Persönlichkeiten der örtlichen Schachtorganisationen das Ihrige, diese hoffnungsvolle Bewegung scheinbar niederzuhalten. Sie glimmte jedoch unter der Oberfläche weiter und loderte hier und dort zur hellen Flamme auf. Besonders bei den Wahlen zu den Betriebsräten nach dem famosén Betriebsrätegesetz haben die Unionisten geradezu glänzende Siege über die Gewerkschaften errungen. Es hätte des offenen Bekenntnisses der bürgerlichen Regierung durch Severing nicht bedurft, um die Gewerkschaften als das zu kennzeichnen, was sie sind. Sie haben für die Kennzeichnung ihres Charakters selbst zur Genüge gesorgt. Streiksabojage, bewaffnete Interventionen gegen revolutionäre Arbeiter, Ueberschichten, Wiedereinführung verlängerter Arbeitszeit mittels tatkräftiger Nachhilfe durch bewaffnete Truppen, antirevolutionäre Propaganda, Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum, Erhöhung der Kohlen- und Eisenpreise, dazu der ganze Wust gewerkschaftlicher Kriegspolitik: das ist nur eine kleine Auslese. Die Ausübung eines solchen Druckes ist den Gewerk-

schaffen nur möglich auf Grund ihrer Eigenschaft als Staat. Die Gewerkschaftsbürokratie als Trägerin der gewerkschaftlichen Staatsmacht ist autoritär. Ihre Autorität stützt sich nicht auf Demokratie, sondern erhebt sie über die Gesellschaft des Gewerkschaftsstaates. Dessen Aufbau sichert gleich einem gut bürgerlichen Musterstaat die Träger und Organe der Staatsgewalt in Legislative sowohl als Exekutive, vor der unfreiwilligen Ablösung von unten her bzw. vor zwangsweiser Preisgabe ihrer Stellung außerhalb der Gesellschaft. Das Vorgesetztensystem herrscht im demokratischen Mäntelchen. In der Güntlings- und Protektionswirtschaft sind die Gewerkschaften kaum zu übertreffen. Genau so, wie der Staat mit Hilfe seines bewaffneten Unterdrückungsapparates, über der Gesellschaft stehend, jedoch als Werkzeug der ausbeutenden Klasse zur Ausübung der Herrschaft über eine andere Klasse funktioniert, arbeitet der Staat Gewerkschaft. Der gleiche, über der Gesellschaft stehende, supersouveräne Beamtenapparat ist vorhanden.

Seine unterdrückte und vergewaltigte, ausgebeutete Klasse ist das revolutionäre Proletariat,

das den Klassenkampf gegen seine neubürgerlichen Unterdrücker führt, also u. a. auch die eigene, innergewerkschaftliche Opposition. Der bewaffnete Unterdrückungsapparat mit seinen Gefängnissen und Zwangsanstalten steht den Gewerkschaften zur Verfügung und wird von ihnen benutzt. Es ist eine nur untergeordnete Frage und für die Kennzeichnung eines Staates als solchen nicht von Bedeutung, ob dieser Staat über eine eigene bewaffnete Macht mit Gefängnissen usw. verfügt, oder über eine geborgte. Es genügt, wenn ihm ein solcher Apparat überhaupt zur Verfügung steht und wenn eine Anwendung dieses Apparates zugunsten der Behauptung der einen Klasse gegenüber dem Ansturm einer anderen oder zur Abwehr eines Angriffes von außen her erfolgt oder möglich ist. Diese Voraussetzungen aber sind durchaus gegeben. An der Eigenschaft der Gewerkschaften, Staat im Staate zu sein, ist nicht zu zweifeln. Wenn ein solcher Zweifel aber nicht besteht, so gilt es für das revolutionäre Proletariat, die Gewerkschaften auch als Staat zu betrachten, d. h. die Kampfesform anzuwenden zur Ueberwindung des reaktionären, revolutions- und arbeiterfeindlichen Organismus, die dem wissenschaftlichen Marxismus entspricht. Demjenigen, der sich bei aller Kürze genauer zu orientieren wünscht, wird empfohlen, das glänzend geschriebene Buch Lenins: „Staat und Revolution“ (Verlag „Die Aktion“ in Berlin-Wilmersdorf, 115 Seiten stark) zu lesen. In dieser Arbeit wird mit prägnanter Klarheit und Kürze das herausgeschält, was Marx und Engels über den Staat zu sagen hatten; zugleich wird der Beweis geführt, daß ihre klassischen Ausführungen Wort für Wort durch die Erfahrungen der neueren Revolutionen unterstrichen werden.

Die Beseitigung und Ersetzung des bürgerlichen Staates ist ohne gewaltsame Revolution nicht möglich. Es ist das zweifelhafte „Verdienst“ Kautskys und seines Kreises, diese klaren Lehren Marx' und Engels tolgeschwiegen und an ihre Stelle den opportunistischen Gedanken der Umwandlung des Staates in ein Herrschaftsinstrument des Proletariats einzig und allein mit Hilfe der Demokratie gesetzt zu haben. In der Schrift Karl Marx': Der zehnte Brumaire des Louis Bonaparte wird auf Seite 98—99 (Ausgabe 1907) „überaus genau, bestimmt und praktisch“ formuliert: „Alle früheren Revolutionen haben die Staatsmaschinerie vervollkommenet, nun muß sie zerschlagen, zerbrochen werden.“ (Lenin: Staat und Revolution). In einem in der „Neuen Zeit“ Band XX, I, S. 709 veröffentlichten Briefe an Kugelmann wiederholt Marx unter Berufung auf das letzte Kapitel des „Zehnten Brumaire“, daß das Zerbrechen der bürokratisch-militärischen Maschinerie die Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution auf dem Kontinente sei. Auslassungen von Marx und Engels in diesem Sinne lassen sich in großer Zahl zitieren, sowie ihr ganzes System eine andere als diese Lösung überhaupt nicht zuläßt. Der bürgerliche Staat mit seiner Maschinerie muß zertrümmert werden, um der „selbsttätig bewaffneten Organisation der Bevölkerung“ Platz zu machen. Ohne diese Zertrümmerung läßt er sich nicht überwinden. Das Denken und Handeln des klassenbewußten, revolutionären Proletariats hat dieser Zertrümmerung zu gelten als der einzigen Möglichkeit zur Herbeiführung der sozialistischen Gesellschaft.

Es ist unbedingt notwendig, daß sich der Sozialist oder Kommunist, der sich Marxist nennt, daran gewöhne, überall mit marxistischem Maßstabe zu messen, vor allen Dingen aber, wenn es sich um Beurteilung von Machtfaktoren handelt. Da wir die Gewerkschaften als Machtfaktoren, als Staat erkannt haben, so ist für sie die Lehre vom Staat in vollem Maße zur Anwendung zu bringen. Daraus folgt ohne weiteres die Notwendigkeit der Zertrümmerung der Gewerkschaften und ihre Ablösung durch die rein proletarische Organisation! Ablösung vor! ist der Titel dieses Buches, die Ablösung der Gewerkschaften ist eine unbedingte Notwendigkeit geworden infolge ihrer Entwicklung zum bürgerlichen Machtinstrument. Absolut unmarxistisch ist die einfache Reform, unmarxistisch ist die Berufung auf die angebliche Demokratie innerhalb der Gewerkschaften, sie ist nicht das Mittel zur Ueberwindung dieses bürgerlichen Staates im Staate. Die Gewerkschaften sind ein neubürgerliches Machtinstrument, das nur durch Revolution abgelöst werden kann. Es sei besonders betont, daß hier immer nur von den deutschen Gewerkschaften die Rede ist.

Tausende von Genossen, die sich mit anerkannter Energie für die Zerstörung des kapitalistischen

Staates durch das Räte-system auf der parteipolitischen Linie einsetzen, haben diese Parallele zwischen dem allgemeinen bürgerlichen Staat und dem Neubürgerlichen Gewerkschaftsstaat noch nicht gezogen, weil sie sich über diese Zusammenhänge noch nicht klar geworden sind. Möchten sie sich bald von ihrem Irrtum befreien, der seinen Ausdruck treffend findet in den Ausführungen eines der bedeutendsten Führer der Gewerkschaftsopposition, Dißmann, auf dem Märzpartei-tage der U. S. P. D. 1919. Dort sagte Dißmann u. a. bei der Begründung der Gewerkschaftsresolution: „Wenn die Arbeiter unterm Räte-system sich sammeln, den Sozialismus durchzuführen, so ist nicht daran zu zweifeln, daß auch die Gewerkschaften mit dem revolutionären Kampfesgeist erfüllt werden.“ Dißmann vergißt hier ganz und gar die Hauptsache, nämlich daß ja gerade die deutschen Gewerkschaften mit ihren Machtmitteln es sind, die eines der größten Hindernisse für die Durchsetzung des Räte-systems hezw. der Sammlung hierzu darstellen. Die Natur der Gewerkschaften als revolutionsfeindliche Instrumente tritt gerade in dieser Beleuchtung recht kraß in Erscheinung; denn der Kampf um das Räte-system innerhalb der Gewerkschaften selbst ist ein Kampf der Revolution gegen die Konterrevolution. Gegen die erstere finden alle Machtmittel des Staates, einschließlich der Waffengewalt Anwendung, während die Gewerkschaftsopposition a conto der Statuten pp. ihrerseits nur das Mittel der sogenannten Demokratie in die Wagschale zu werfen hat, und zwar noch dazu einer Demokratie, die keine ist. Man braucht nur an die allenthalben erforderlichen Zweidrittelmehrheiten zu denken. Ueberaus bezeichnend sind die weiteren Ausführungen Dißmanns. Er kommt nach der Verurteilung der Gewerkschaftspolitik naturgemäß auf die Frage zu, sprechen, welcher Weg gegangen werden muß, um Wandel zu schaffen. „Wir haben“, sagt er, „stets zum Ausdruck gebracht: Durch das Propagieren des Austritts aus den Gewerkschaften erreichen wir nicht die Gesundheit derselben, sondern der Kampf muß innerhalb der Gewerkschaften aufgenommen werden.“ Und weiter: „Würden wir dem Gefühlsdrang mancher Genossen gefolgt sein und hätten das getan, was man von einzelnen Seiten verlangte, nämlich die Gründung eigener Gewerkschaften unter dem Banner der U. S. P., dann hätten wir nichts anderes als die Brandfackel in unsere eigenen Reihen geworfen. Darüber dürfen wir uns keiner Täuschung hingeben. Wir hätten den Legionen und Genossen einen großen Gefallen erwiesen, die hätten uns herzlich dafür gedankt, wenn wir einen solchen Beschluß gefaßt hätten, denn dann wären sie die unbequemen Mahner losgeworden. Jeder, der praktisch im Gewerkschaftsleben steht, wird uns recht geben müssen, daß die Mitarbeit in den Gewerkschaften für die politische Bewegung von der größten Bedeutung ist.“ Dißmann spricht hier von der „Gesundheit“ der Gewerkschaften. Darauf baut sich die ganze Arbeit der Opposition auf, das ist ihr Ziel. Aber ebensowenig, wie es sich mit dem Marxismus vereinbaren läßt, den bürgerlichen konstitutionellen Staat der „Gesundheit“ ent-

gegenzuführen, ebensowenig, wie der Proletarier sein Interesse darin erblicken kann, der Bourgeoisie ihren Staat „gesund“ zu machen, in dem gleichen Maße ist es für den revolutionären Gewerkschaftsopponenten ein Schnitt ins eigene Fleisch, wenn er seine Handlungsweise von dem Streben nach Gesundung der Gewerkschaften diktiert läßt. Es ist gerade das notwendig, was Dißmann in seinen vorstehenden Ausführungen bekämpft. Der Kampf innerhalb der deutschen Gewerkschaften ist tatsächlich eine Sisypusarbeit, trotz des scheinbaren Sieges, den z. B. die Opposition im Metallarbeiterverband errungen hat. (Man sehe sich nur den M. A. V. an, wie er jetzt trotz des „Sieges“ zu arbeiten in der Lage ist.) Da die Gewerkschaften neben ihren sonstigen Mitteln vor allen Dingen auch das sogenannte moralische Mittel der Massenwirkung für ihre arbeiterfeindliche Politik in die Wagschale werfen, so bedeutet die Zugehörigkeit zu ihnen allein schon, auch in Anwendung auf die Zugehörigen zur Opposition, eine Stärkung ihrer gegenrevolutionären Machtposition. Auch seine Sätze rund herum um die „Gründung eigener Gewerkschaften unter dem Banner der U. S. P.“ sind Schläge ins Wasser, denn sie werden weit weg vom wirklichen Kern der Sache geführt. Es handelt sich nicht darum, daß irgendeine Partei die Gewerkschaften ins Schlepptau zu nehmen hat oder umgekehrt, nicht darum, daß die Gewerkschaften gegebenenfalls nach der Pfeife anderer Bürokraten und Diktatoren tanzen, nicht um Personenwechsel, sondern um den Wechsel des Systems, um die Revolution des Gewerkschaftsstaates, um den Umsturz. Dißmann's Sorge galt der Partei auf der einen und den Gewerkschaften auf der anderen Seite. Beides verträgt sich nicht, weil er eine in seinen Augen revolutionäre Partei hier und eine konterrevolutionäre Gewerkschaft dort verteidigte und noch verteidigt. „Legionen und Genossen“ aber wären, wenn die klare Kampfpforte auf der ganzen Linie ertönt wäre, ganz sicherlich sehr bald mit ihrem reaktionären Klüngel und ihren Neubürgerlichen allein geblieben und zwar durchaus nicht ohne Opposition, denn Massenaustritte erzeugen in jedem Falle gegen die Veranlasser oder die Schuldigen erneute, scharfe Opposition. Die Gründung der Unionen im rheinisch-westfälischen Industriebezirk hat die Verbände mehr revolutioniert als irgend ein anderer Faktor imstande gewesen wäre. Aber der Jammer der gegenwärtigen Gewerkschaftsopportunisten um die schöne Gewerkschaftskasse, um alle die netten Errungenschaften usw. wäre auch gar zu groß gewesen. — Es handelt sich jedoch nicht sowohl um Vergangenes allein, sondern vor allem darum, was ist und was sein wird.

Zur Union.

Nachdem sich nummehr herausgestellt hat, daß die alten Gewerkschaften Deutschlands zur Führung und Förderung des Klassenkampfes ungeeignet sind, daß sie im Gegenteil Trägerin sind bürgerlicher Ideologie und bürgerlichen Klassegeistes, nachdem durch die Feststellung des Vorhandenseins der Klassen- gegensätze und des Klassenkampfes innerhalb der alten Gewerkschaften deren Charakter als Staat erkannt und erwiesen ist durch den Nachweis des Bestehens ihres bürgerstaatl. Organismus, ist die Notwendigkeit der Zertrümmerung des gewerkschaftl. Organismus gleich dem eines Staates eine feststehende Tatsache.

Diese Zertrümmerung des gewerkschaftlichen Organismus ist in wesentlich einfachere Formen gekleidet als die Zertrümmerung z. B. eines Staates, der nicht nur über eine geborgte, sondern über eine eigene, aus sich selbst heraus geschaffene bewaffnete Macht zu seinem Schutze verfügt. Den anstürmenden Gewerkschaftsrevolutionären brauchten nur dann und dort offene Gewaltmittel anempfohlen zu werden, wenn und wo der Gewerkschaftsstaat sich mit solchen zur Wehr setzt, wenn er also die Hilfe des bürgerlichen Vaters und Gönners anruft und erhält, oder wenn dieser ihm in Wahrnehmung eigener Interessen von selbst hilft, ihn als Bollwerk für die eigene gefährdete Stellung zu erhalten sucht und verteidigt. Der Kampf gegen die durch die Gewerkschaften erborgte oder für sie von selbst bereitgestellte Hilfe wird stets zugleich sein ein Kampf gegen den Klassenstaat und die Staatsmacht überhaupt. Der deutsche Staat hat bereits die Gewerkschaften so eng in den Kreis seiner Berechnungen gezogen, sie sind ihm ein so unentbehrliches — um den vorigen Ausdruck zu gebrauchen — Bollwerk geworden, daß folgendes gewiß ist: Der in der deutschen Regierung vertretene bürgerliche Staat wird seine Macht und damit seine Organisation in derselben Zeitperiode abtreten müssen, (und zwar mit einem Zeitunterschiede von nicht vielen Tagen) in der die gewerkschaftlichen Organisationen durch die revolutionären Arbeiter zertrümmert würden. Das Bestehen der Gewerkschaften und die Erhaltung ihrer Tendenz zugunsten des deutschen Bürgerstaates ist eine Lebensfrage der Regierung und ihres Staates geworden, des Staates zum Schutze der ausbeutenden Klasse, des kapitalistischen Staates. Daraus folgt, daß die Anstürme auf die Gewerkschaften durch die Regierung in ihrem eigenen Interesse mit Hilfe der Staatsmacht abgewehrt werden, wie es tatsächlich geschieht. Es ist weiter zu folgern, daß die Gewerkschaften dem deutschen Bürgerstaate unlöslich verbunden sind in Wahrung eigener Lebensinteressen und zwar solange, wie in der Regierung dieses Staates die den Gewerkschaften eigene neubürgerliche Richtung politisch vertreten ist oder mit dieser Regierung sympathisiert. Weil eine deutsche, demokratisch-republikanische Regierung ohne

Beteiligung oder doch zum mindesten wohlwollende Neutralität der Neubürgerlichen, bisher genannt nach ihrer Hauptrichtung Mehrheitssozialisten, nicht bestehen kann, wird die übrige Bourgeoisie alle schweren Krisen zu vermeiden suchen, die geeignet sind, die Neubürgerlichen aus der Regierung heraus und in revolutionäre Positionen hinein zu treiben, die selbstverständlich nur eine bürgerlich-revolutionäre nach Lage der Dinge sein könnte. Da sich aber in Deutschland die proletarische Revolution gegen den Staat, gegen die Republik von Bürgern und Neubürgers Gnaden richtet, so wird die proletarische Revolution diese beiden Richtungen (Bürger und Neubürger) in einer Klasse vereint, als Gegner finden, was wiederum bedeutet, daß beide nur gemeinsam gestürzt werden können, mit ihnen aber nicht ohne sie der Staat im Staate, die Gewerkschaften. Die alten Gewerkschaften können also gewaltsam nur mit dem offiziellen Staate gemeinsam und zugleich zertrümmert werden. Jeder proletarisch-revolutionäre Kampf richtet sich stets gegen beide. Das Bild ist also klar: Der Kampf der ausgebeuteten Klasse gegen die ausbeutende wird, solange er geführt wird, sich immer in den Gewerkschaften widerspiegeln, der Sieg der Revolution gegenüber der Staatsmacht würde zugleich sein ein Sieg der Revolution gegenüber den Gewerkschaften. Für die Niederlage gilt das Umgekehrte. Es stehen sich unversöhnlich gegenüber auf der einen Seite die Revolutionären in Gewerkschaft und kapitalistischem Staat, auf der andern Seite die Revolutionsfeinde in Gewerkschaft und kapitalistischem Staat. Es ist einfach etwas Selbstverständliches (und entspricht sehr wohl der dialektischen Methode), daß auf der ganzen Kampfeslinie durch Gewerkschaft und kapitalistischen Staat hindurch der klare Trennungsstrich gezogen werden muß, daß genau abgegrenzte Fronten geschaffen werden müssen. Es gilt, dem Staat im Staate, die Gewerkschaften zu schwächen, weil mit dieser Schwächung eine absolute Verminderung der Widerstandskraft des kapitalistischen Staates verbunden ist. Das Bollwerk Gewerkschaften durch das revolutionäre Proletariat zu stürmen, ohne zugleich den kapitalistischen Staat zu zerbrechen, seine Regierung zu stürzen mühsam ihrem Apparat, ist unmöglich, wie vordem bewiesen worden ist. Da aber die Wucht der Massen den Gewerkschaftsstaat erst zum Staate macht, indem nämlich ohne diese großen Massen die Gewerkschaften dem kapitalistischen Staate weniger wertvoll erscheinen müßten und dieser den betreffenden Unterdrückungsapparat gegenüber einer größeren Masse den Gewerkschaften nicht in dem erforderlichen Maße leihen könnte (die Gewerkschaften können das ihnen faktisch eigene Mitbestimmungsrecht über die Verwendung der Waffengewalt nur auf Grund ihrer Massen für sich fordern), so bedeutet die Verminderung der Massen der Gewerkschaften den fortschreitenden Sieg der Revolution. Die Millionen von klassenbewußten Arbeitern reinlich von

den Neubürgerlichen getrennt, verschleibt das Schwergewicht zugunsten der Revolution. Das tritt umso klarer hervor, wenn man berücksichtigt, daß die kapitalistische Staatsbürokratie sich gegen die Mitbestimmung über den Unterdrückungsapparat durch die Gewerkschaften zwar noch wehrt, aber bereits so hilflos ist, daß sie ihr nicht widerstehen kann. Die Neubürgerlichen mit ihren „Reformen“ sind durchaus nicht der Geschmack der alten Bourgeoisie, werden aber als notwendiges Uebel in Kauf genommen. In der Tat bilden sie deren letzten Rettungsanker.

Die Massenabwanderung aus den Gewerkschaften schwächt und vernichtet in letzter Konsequenz das Bollwerk des kapitalistischen Staates und damit diesen Staat selbst.

Da an die Zerstückelung der Gewerkschaften bedingungsweise der Sieg der Revolution geknüpft ist, kommt das Proletariat diesem Siege um so viel näher, als es die Macht der Gewerkschaften schwächt. Die Macht der Gewerkschaften liegt aber in ihren Massen, folglich gilt es, diese Massen zu schwächen, d. h. sie zu mindern. Das hat zugleich die unmittelbare Folge, daß auf der anderen Seite die Reihen der revolutionären Kämpfer gestärkt werden, weil es ganz klar ist, daß anstelle des antirevolutionären bürgerlichen Organismus ein revolutionärer, proletarischer treten muß. Das entspricht genau den Ausführungen Marx' und Engels über den Staat. In deren Anwendung auf die Gewerkschaften als Staat im Staate bietet sich im Gegensatz zum kapitalistischen Staate die Möglichkeit, mit der Errichtung des neuen Systems, des neuen Organismus bereits neben dem alten zu beginnen; da er besonderer Konzessionen nicht bedarf und nur abhängig ist von der Werkkraft seiner Ideen. Die von den Gewerkschaften abbröckelnden Massen müssen durch revolutionäre Organisationen aufgefangen und in die revolutionäre Kampffront eingereicht werden; sie dürfen auf keinen Fall in Beziehung auf die Revolution inaktiv bleiben an ihrer Arbeitsstätte, im Betrieb, der wie kein anderer Ort Gelegenheit zu politischer Wirksamkeit und Kleinarbeit bietet. Diese Erkenntnis lenkt die Aufmerksamkeit mit zwingender Notwendigkeit hin auf die

Betriebsorganisation

Die revolutionäre Betriebsorganisation als Ersatz für die Gewerkschaften!

Das ist das erste, was zunächst einmal festgehalten werden soll.

Es wird sich zeigen, was für den besonderen Wert der Betriebsorganisation ins Feld zu führen ist. Die neue Organisationsform, die das revolutionäre Proletariat an die Stelle des alten Obrigkeitsstaates setzen muß, ist das System der Räte. Die Räte sind das, was Engels mit der selbsttätigen bewaffneten Organisation der Bevölkerung bezeichnet, die mit Hilfe ihrer Diktatur den Ubergangsstaat bildet, der eigentlich schon kein Staat mehr ist und nach und nach

abstirbt, in demselben Maße, wie die „primitive Demokratie“ in der klassenlosen Gesellschaft sich festigt. Die Grundlage des Räteystems sind die Betriebe. Diese müssen revolutionär organisiert und im besten Sinne des Wortes einzeln erobert werden. Das ist aber nicht möglich, wenn man an der Berufsgliederung der alten Gewerkschaften festhalten will, die letzten Endes alle wirkliche Solidarität untergräbt. Besonders wichtig ist die Betriebsorganisation für die Sozialisierung. Nur mit ihrer Hilfe ist die volle Erfassung des gesamten differenzierten Betriebes ohne allzu große Schwierigkeiten und schwere Schädigungen möglich; die Gewerkschaften, nach Berufsverbänden gegliedert, jeder Verband mit Spezialmethoden und Extrawünschen bei der Hand, die für den einen Betrieb mehr, für den anderen weniger, oft genug garnicht passen, sind für die Sozialisierung schon ihrer Organisationsform nach eine Gefahr, ganz abgesehen davon, daß sie in ihrer Tendenz als sozialisierungsfeindlich sich erwiesen haben. Die Betriebsorganisationen sind die Pioniere des Räteystems, sie gewinnen und schaffen dem Räteystem die Arbeitsbasis. Sie bereiten die Uebernahme der Wirtschaft und der Gewalt durch die Räte vor, indem sie die Grundlage dieser Gewalt sind. Wenn die Gewerkschaften z. B. die Sozialisierung eines Betriebes in die Hand nehmen wollten, so wären sie genötigt, sich für diese Sozialisierung zunächst eine — Betriebsorganisation zu schaffen. Dieser Erkenntnis, der sich die Gewerkschaften nicht verschließen konnten, mußten sie, um wenigstens den Schein einer Sozialisierungsabsicht zu wahren, Ausdruck geben und sie taten das durch das famose Betriebsrätegesetz, welches ein rein bürgerliches Machwerk ist. Die Gewerkschaften behaupten, sie können für die Revolution nicht aktiv wirken, weil sie über keinerlei Vollzugsapparat verfügen, den sie nach dem Siege benutzen könnten. Sie glauben sich einen solchen Apparat im Betriebsrätegesetz geschaffen zu haben, ein immerhin ziemlich naiver Gedanke. Das Betriebsrätegesetz resultiert natürlich in erster Linie aus dem Bedürfnis oder vielmehr der Notwendigkeit für den Staat und seine Bourgeoiseregierung, dem Rufe nach Räten in der Arbeiterschaft Konzessionen zu machen. Dem Druck der Generalstreiks im Lande mußte nachgegeben werden. Die Betriebsräte mußten aber den Gewerkschaften in ihrer Not gelegen kommen, es wurde freudig zugegriffen, umso mehr, als die Gewerkschaften mit den Betriebsräten der Notwendigkeit enthoben werden konnten, ihre bisherige berufsverbändlerische Organisationsform in eine industrieverbändlerische umzuwandeln oder gar zur Betriebsorganisation sich zu bequemen. Es besteht trotz alledem starke Tendenz zum Zusammenschluß aller in einem bestimmten Industriezweig vertretenen Arbeiterkategorien zu einheitlichen Verbänden, also zu Industrieverbänden. So hat bekanntlich der Bergarbeiterverbandslag im Juni 1919 (obwohl das Betriebsrätegesetz bereits im Entwurf vorlag) den Verband als Industrieorganisation innerhalb der

Bergwerke und ihrer Nebenanlagen erklärt. Ist das allerdings auch nur eine „Erklärung“, da die beteiligten Berufsverbände noch längst nicht beizustimmen brauchen, (was sie auch bisher nicht taten), so stellt sie als Faktum dennoch gerade die Lahntheit der gewerkschaftl. Initiative gegenüber der frischen Tatkraft der Union als fertiger Betriebsorganisation ins hellste Licht.

Der einzige, allerdings den Neubürgerlichen Gewerkschaften sehr unangenehme Vorteil des Betriebsrätegesetzes für das revolutionäre Proletariat ist die relative Erleichterung der revolutionären Betriebsorganisation. Daß die Gewerkschaften übrigens mit der Einführung der Räte, also beim Siege der proletarischen Klasse, ihre Funktionen in jeder Form an diese Räte abtreten und ohne Schaden für die Revolution abtreten können, hat sich deutlich gezeigt im November 1918, obwohl die damaligen A.- und S.-Räte durchaus nicht darauf „vorbereitet“ waren. Die Gewerkschaften sind also für die Räterepublik nicht einmal mehr das, was man ein „notwendiges Uebel“ nennt. Die revolutionäre Betriebsorganisation aber ist in jeder Weise mit der Grundlage des Räteystems identisch und daher diesem auch eng verbunden. Sie ist nicht überflüssig, sondern ein Teil des Räteystems selbst; ihre Organe und Funktionen sind dieselben wie die des Räteorganismus.

Dieser letzte Satz ist richtunggebend, muß richtunggebend sein, für die die Gewerkschaften ablösende Organisation, wenn sie ihren Zweck erfüllen soll.

Ein organisatorisches Gebilde in seiner Urform, das diesen Anforderungen entspricht, braucht nicht erst geschaffen zu werden; es ist bereits geboren und wächst triebkräftig, siegherbeißend heran, bisher noch einem temperamentvollen Kinde vergleichbar, in dessen jungem Wesen noch die Widersprüche miteinander um die Klarheit ringen mußten. Indessen ist, wie bereits im 1. Teil erwähnt, die Kristallisation in der traditionell revolutionärsten Arbeiterkategorie, unter den Bergarbeitern, schon soweit gediehen, daß der fortgeschrittenste Zweig der neuen Organisation, die

Freie Arbeiter-Union der Bergarbeiter

mit dem Sitz in Gelsenkirchen aus ihrer ersten größeren Kampfprobe anlässlich der Betriebsrätewahlen vielerorts bereits mit glänzenden Siegen gegenüber dem allgemeinen Bergarbeiter-Verband, den Christlichen, Hirsch-Dunckerschen, Polnischen usw. heimkehren konnte.

Die neue Organisation beginnt sich über das ganze Land auszudehnen.* Sie respektiert in ihrem Aufbau voll auf die Forderung auf Beseitigung der Bürokratie, jenes Schmarotzers, der sich über die Gemeinschaft stellt und sie selbstherrlich dirigiert und regiert.

* Bei der Gründung der Union herrschte sehr viel Unklarheit, die zur Folge hatte, daß zunächst der ursprünglich treibende Grundgedanke der „Einheitsorganisation“ sehr zum Schaden der Bewegung nicht in dem erstrebten Sinne zur Auswirkung kommen konnte. Die Bewegung zerfiel sofort in eine Anzahl Gruppen und Richtungen mangels einer gemeinsamen Orientierung, die unter dem Belagerungsstand mit allen Mitteln durch die sich bedroht fühlenden Neubürgerlichen verhindert wurde. Der historisch notwendige und unvermeidliche Klärungsprozeß verlangte seine Zeit; der Unionismus brauchte die durch das Entwicklungsgesetz diktierte Periode, um über seine Kinderkrankheiten hinwegzukommen. Aus

Der Gewerkschaftler wird versuchen, den deutschen Unionismus abzutun mit dem Einwande, daß auch er nicht ohne Beamte auskommen wird. Das ist etwa dasselbe, was Kautsky meint, wenn er sagt: „Wir kommen in Partei und Gewerkschaft nicht ohne Beamte aus“. Dazu schreibt Lenin überaus klar und treffend: „Bei Kautsky sieht die Sache so aus: Werden die gewählten beamteten Personen beibehalten (im Staat), so bleiben die Beamten auch unter dem Sozialismus, bleibt die Bürokratie bestehen. — Und gerade das ist falsch. Gerade an dem Beispiel der Kommune hat Marx gezeigt, daß die gewählten Personen unter dem Sozialismus aufhören „Bürokraten“, „Beamte“ zu sein in dem Maße, wie außer der Wählbarkeit auch noch die jederzeitige Absetzbarkeit, und außerdem noch die Herabschraubung des Gehalts auf das Niveau des mittleren Arbeitslohnes, und außerdem noch die Ersetzung parlamentarischer Körperschaften durch arbeitende Körperschaften, pp. verwirklicht werden.“ Das System des Angestellten- oder Beamtenwesens wird also geändert, das Alte, Bürokratische, zerbrochen. — Es sind hiernach für die proletarische Organisation zur Vermeidung der Bürokratie notwendig: 1. Wählbarkeit, 2. jederzeitige Absetzbarkeit, 3. durchschnittlicher Arbeiterlohn als Gehalt, 4. arbeitende Körperschaften, die zugleich auf Grund des Massenwillens anordnen und vollziehen. In Ihrem Idealismus ging die junge Organisation zunächst noch viel weiter und suchte Beamte, besser gesagt, Angestellte, möglichst ganz zu vermeiden, indem sie die Aemter als Ehrenämter vergab. Es ist aber klar, daß die organisatorischen Aufgaben und die Verwaltung auf die Dauer, besonders beim Wachsen einer Organisation, nicht allein ehrenamtlich versehen werden können. Beschränkung der Angestellten auf die denkbar niedrigste Anzahl ist jedoch eines ihrer erklärten Ziele. Eine Art Vorgesetztesystem, wie es die Gewerkschaften als Staat besitzen, kennt die Union als revolutionäre Organisation nicht. Jeder gewählte Funktionär, wie jeder Angestellte (ausgenommen Hilfskräfte, die nicht gewählt sind), ist nur verantwortlich seinen Wählern, nicht aber irgendeiner Zentrale oder Geschäftsleitung. Die Verantwortlichkeit gilt nicht einer einzelnen an der Spitze stehenden Person oder einer Gruppe von Personen, sondern nur den breiten Massen in den Betrieben; also nicht nach oben, sondern nach unten hin erstreckt sie sich. Diese Frage steht in engstem Zusammenhang mit der Entscheidung

dem teilweise recht wirren Durcheinander in dem besonders zunächst der Syndikalismus Oberwasser zu erhalten schien (wenigstens im Ruhrgebiet) kristallisierte sich nach und nach der massive und konsequent marxistisch programmierte der jetzt das starke Rückgrat des deutschen Unionismus bildet, die „Freie Arbeiter-Union (Räte-Organisation Deutschlands)“ mit dem Sitz in Gelsenkirchen, (Geschäftsstelle Weidenstraße 1). Ihr haben sich neuerdings die im Ruhrgebiet und im Reich aufgetretenen Unionen angegliedert, sodaß eine breite Basis geschaffen wurde, die in stande ist, allen Stürmen zu trotzen. Dieser Bewegung steht die konsequent syndikalistisch orientierte Gruppe mit einem verhältnismäßig geringen Anhang in revolutionärer Arbeiterschaft zur Seite, ohne daß natürlicherweise von beiden Seiten Konzessionen bezüglich der Weltanschauung und Taktik gemacht werden. Soweit sonst noch kleinere verstreute Gruppen vorhanden sind, wird die Sammlung der Kräfte in wahrscheinlich nicht allzuferner Zeit vollkommen durchgeführt sein.

über Zentralismus oder Föderalismus. Nicht von vornherein klar entschieden für denjenigen, der auf dem Boden des Marxismus steht. Marx ist Zentralist. Es ist manchem Zweifler nicht gegeben, einzusehen, daß es nicht allein einen zwangsläufigen, sondern auch einen freiwilligen Zentralismus gibt. Wenn in den Betrieben die Arbeiter sich frei organisieren, d. h. die Betriebsorganisation schaffen, wenn sich die Betriebe miteinander zu gemeinsamen Schlägen gegen den Kapitalismus und ihren Staat vereinigen, wenn sie die ganze ausgebeutete, revolutionäre Klasse in eine geschlossene Kampf-front bringen wollen, so ist das nichts anderes als — Zentralismus, jedoch ein solcher mit der Diktatur von unten (also der Demokratie schlechthin) entgegen dem Zentralismus mit der Diktatur von oben, wie er den Gewerkschaften eigen ist. Wer gern mit konkreten Begriffen operiert, verspürt die Neigung, diesen Zentralismus mit der Diktatur von unten, wie er im Unionismus zutage tritt, einfach mit Föderalismus zu identifizieren, was die Syndikalisten veranlaßt hat, die unionistische Bewegung anfangs kurzerhand für sich zu reklamieren; indessen hat sich die Union längst von der anfänglichen syndikalistischen Bevormundung freigemacht und führt nicht nur den wirtschaftlichen (wie die Syndikalisten), sondern auch den politischen Kampf mit aller Konsequenz und großer Klarheit, nur leider bis vor kurzem noch etwas zurückhaltend und überschwänglich zugleich, was auf den Mangel an Verständigungsmöglichkeit, das Angewiesensein auf fast ausschließlich illegale Arbeit und eine gewisse Unklarheit über die vorhandene Kraft zurückzuführen ist. Es steht außer allem Zweifel, daß mit der Außerkraftsetzung des Ausnahmezustandes die Bewegung mit aller Kraft und Sicherheit eines gesunden Naturkindes sich entwickeln wird. Ihr Kampf wird geführt auf der im Sinne der vorigen Ausführungen bedingt zentralistischen Grundlage der Räteorganisation. Der Ausgangspunkt und zugleich Brennpunkt des Kampfes sind die autoritären Betriebe mit vollkommen selbständiger, lediglich durch die moralischen Gebote des revolutionären Klassenkampfes und der Solidarität geleiteten Bewegungsmöglichkeit. Die unbedingte Notwendigkeit solcher „zentralisierter“ Organisation ergibt sich ohne Weiteres im Hinblick auf die Sozialisierung, weleno eine zentrale Vermittlung von Betrieb zu Betrieb, von Wirtschaftsbezirk zu Wirtschaftsbezirk usw. bis zur denkbar engsten Zusammenfassung der gesamten Produktion, der Verteilung (Handel) und der Konsumangelegenheiten gebieterisch fordert. Die Selbständigkeit der Betriebe ist nicht eine förderative, denn die Organisation knüpft die Bande von Zeche zu Zeche, von Betrieb zu Betrieb unter gleichen Voraussetzungen und gleichen Umständen. Im Bergbau hat sie sich Bergreviere u. Bergrevier-räte geschaffen und zentralisiert noch höher hinauf für den ausgesprochenen Zweck der Sozialisierung, der revolutionären Eroberung der Betriebe. Alle Räte sind praktisch tätig in den Betrieben, sei es als Kopf oder Hand-

arbeiter, sei es in der höheren oder niederen Betriebsverwaltung oder unmittelbar im Produktionsprozeß selbst. Daneben existiert ein einfacher Angestelltenapparat für den alleinigen Zweck der Aufrechterhaltung und Erweiterung der Organisation, der sich Geschäftsstelle nennt und in dessen Aufgabenkreis die zentrale wirtschaftliche und politische Propaganda, das Zeitungswesen, Listenführung, Nachrichten- und Vermittlungswesen, Rechtsschutz usw. fallen.

Eine gefährliche Klippe bildet für die Union die Anwendung des Betriebsrätegesetzes. Obgleich die Wahl von Betriebsräten die Eroberung des Betriebs durch die revolutionäre Arbeiterschaft insofern erleichtert, als revolutionäre Betriebsräte ein Sprungbrett für die Uebernahme des Betriebes sind, (natürlich wird in eben demselben Maße zum mindesten auch die Behauptung des alten Zustandes durch konterrevolutionäre Räte begünstigt), so versagt das Gesetz doch der Arbeiterschaft u. a. das Wichtigste, nämlich die jederzeitige Rückberufung, die sofortige Ablösung der Räte. Das kennzeichnet allein schon die ganze Jämmerlichkeit, die echte bürgerliche Tendenz dieses Machwerkes. Die Sicherung der Räte vor sofortiger Abberufung ist der beste Dünger für die Wucherpflanze Bürokratismus, für Selbstherrlichkeit und Arbeiterverrat. Die Wahrnehmung revolutionärer Interessen ungeachtet der Einschränkungen des Gesetzes gehört zu den Pflichten der revolutionären Betriebsräte der Union. Die denkbar größte Wachsamkeit der Arbeiter ist hier am Platze, damit die junge Organisation nicht durch dieselben Uebel angefressen und zerfressen wird, wie die Gewerkschaften. Das Betriebsrätegesetz sieht eine höhere Organisation der Betriebe zwar vor, doch liegt diese noch in weiter Ferne, denn der Zusammenschluß der Betriebsräte zu Bezirks- oder Wirtschaftsräten usw. unterliegt einem erst noch zu schaffenden Gesetz. Es ist keine Handhabe vorhanden und wird auch nicht gegeben werden, irgendwelchen gemeinsamen Beschlüssen koalierter Räte Wirksamkeit zu verleihen, d. h. den in einem Wirtschaftsgebiete oder einem Berufszweige etwa vereinigten organisierten Betriebsräten politische und wirtschaftliche Rechte gesetzlich zu sichern, die sich aus dem Zusammenschluß ergeben müssen. Die Union bleibt nicht an dem bürgerlichen Betriebsrätegesetz kleben, sondern baut an der höheren Organisation des Räte-systems. Steht für sie im Vordergrund die Eroberung der Betriebe durch die revolutionäre Arbeiterschaft, so ist das demnächstige Ziel im Sinne der Räteorganisation die Zusammenfassung der eroberten Betriebe und zwar durch Räte. Zu diesem Zwecke hat die Bergarbeiter-Union zunächst das Bergbaugebiet, in dem der Kern der Union sitzt, in Bergreviere eingeteilt, was verhältnismäßig leicht sich bewerkstelligen ließ, da die vorhandenen Pläne eine brauchbare Grundlage geboten haben. Die Bergreviere (eine Anzahl von Zechen in einem bestimmten Bezirk) wählen ihre Bergrevier-

räte. Die ehemalige Neunerkommission, sowie die sie unterstützende Fünferkommission bedeuteten noch enger gefaßte Vertretungen der Bergarbeiterschaft einschl. der Arbeiterschaft in den bergbaulichen Nebenbetrieben. In Gestalt der Neunerkommission ist die Union zum erstenmale einigermaßen geschlossen in die Arena getreten, und es ist durchaus keine besondere geistige Anspannung nötig, um hierbei zu erkennen, daß die Union nicht föderalistisch, sondern zentralistisch fundiert ist, daß sie nicht syndikalistisch oder anarchistisch, sondern marxistisch sich aufbaut.

Solange die Betriebe noch nicht ganz erobert sind, also in der Periode der Vorbereitung des Umsturzes, erscheint der Union die zentrale Zusammenfassung ebenso notwendig. Die Fraktionen der unionistischen Betriebsräte auf den verschiedenen Zechen müssen in ständiger Fühlung miteinander stehen und von Zeit zu Zeit Erfahrungen austauschen können. Bindende Beschlüsse dürfen nicht gefaßt werden, damit die einzelnen Zechen ihre Selbständigkeit nicht verlieren. Wie jeder Zwang, der sich stützt auf die Möglichkeit des Versagens von Unterstützungen, Genehmigungen usw., nur zerrüttend auf die Solidarität wirken muß, so schwächt das Dekretieren von oben herab nur die genossenschaftliche Moral der revolutionären Arbeiter. Es führt in den alten Bürokratismus hinein und wird deshalb von der Union strikt und mit aller Konsequenz abgelehnt. Jede Zechenbetriebe bleibt ungeachtet der etwaigen „Richtlinien“ u. dergl. von oben vollkommen Herr der eigenen Entschlüsse. Die revolutionäre Arbeiterschaft ist reif für die Erkenntnis des Notwendigen, sie trifft in ihrem revolutionären Kern stets das Richtige, während die Führer, sofern sie bestimmenden Einfluß auszuüben Gelegenheit hatten, in den allermeisten Fällen zum Schaden des Proletariats und der Revolution „dekretiert“ haben, teils aus Mangel an Fühlung mit den Massen und deshalb aus Unwissenheit, teils aus dem Einfluß ihrer Umgebung heraus und nicht zuletzt aus Selbstsucht. Das „reif sein“ der Masse braucht nicht zu bedeuten, daß sie in allen theoretischen Fragen des Sozialismus beschlagen sein müßte. Wenn Gewerkschafts- und Partei-Bürokraten, die von der im Ausdruck durchaus nicht wählerischen revolutionären Arbeiterschaft kurzweg „Bonzen“ genannt werden, von der angeblich nicht vorhandenen „Reife des Proletariats“ sprechen, so meinen sie mit Reife fast ausnahmslos sozialistische Kenntnisse in Theorie und Praxis. (Merkwürdigerweise halten die meisten dieser Leute sich selbst für „reif“, in ihrem Sinne, obwohl sie von sozialistischen Kenntnissen, besonders theoretischen, durchaus nicht immer angekränkt sind. Viele von ihnen haben kein einziges Marx'sches oder Engels'sches Werk gelesen, viel weniger noch solche Werke etwa durchstudiert.) Die Reife des Proletariats für den Umsturz hängt ab von der revolutionären Situation, in der es sich befindet. Denn die Revolution ist,

historisch betrachtet, nicht ein Produkt des Willens, sondern ein Produkt der Entwicklung. Die revolutionäre Periode der Entwicklung hat begonnen, folglich ist das Proletariat für die Revolution reif. Die geschichtlichen Voraussetzungen für die Revolution sind gegeben; die Idee des Umsturzes ist das Produkt der Verhältnisse nach der materialistischen Geschichtsauffassung. Die Verhältnisse haben sich bereits bis aufs Äußerste auf den Umsturz zugespitzt, der Ablösungsprozeß der alten Gesellschaftsordnung durch die neue ist schon im Fluß; das Proletariat ist Träger des Ablösungsprozesses. Der kann es aber nur sein, wenn es den Umsturz auch subjektiv will. Dadurch, daß die Ablösung vor sich geht — und zwar mit historischer Notwendigkeit, mit absoluter Sicherheit — und weil das Proletariat ihr Träger ist, ist die Reife des Proletariats erwiesen. Reife Massen, aber brauchen keine Vormünder, sie führen sich selbst. Ist der Wille der Massen von Bevormundung frei, so ist auch die natürliche, revolutionäre Tat nicht behindert. Sie müssen darum alles beseitigen, was sich ihnen und der Revolution hindernd in den Weg stellt. Das sind bisher in der Hauptsache die Führer gewesen, die allenthalben „gebremst“ haben. Solch Bremsen war möglich, weil ihnen Vertrauen entgegengebracht wurde. Die revolutionäre Union begegnet mit allerschärfstem Mißtrauen allen, die irgendwie versuchen, die Bremshebel anzusetzen. Das ist nicht etwa ein übertriebener, über Radikalismus. Die erste Rote Armee im Ruhrgebiet bei der Märzrevolution anläßlich des Kapp-Putsches ist in der Hauptsache zerbrockelt und zerschellt an dem Prellböckel „Das Ganze halt“, den die parlamentierende und verhandelnde Führerschaft vor den stürmenden und siegenden Massen aufbaute.

Der Auf- und Vormarsch der Roten Armee des Ruhrgebiets war die typische revolutionäre Aktion. Die vornehmste Aufgabe der Gewerkschaften ist es gewesen, die revolutionären Aktionen schon während des Krieges (Januarstreiks 1918) und besonders innerhalb des revolutionären Gärungsprozesses seit November 1918 zu ersticken. Im Anbetracht des neubürgerlichen Gewerkschaftscharakters ist das nicht verwunderlich. Die Gewerkschaften haben sich nicht mit Passivität begnügt, sondern allenthalben Gegenaktionen unternommen, die dem Scheine nach schwach opportunistisch, in ihrer Wirksamkeit scharf gegenrevolutionär waren. Die Union, die die Gewerkschaften ablösen will und wird, fördert durch die Art ihres Aufbaues allein schon die Aktivität der Massen, sie benutzt als Kampfmittel die revolutionäre Aktion in jeder durch die Umstände gebotenen oder erlaubten Form. Die Union bindet sich nicht, wie die Syndikalisten es wünschen, an die rein wirt-

schaftliche Kampfmethod' unter Verwerfung jeder Anwendung von offener und direkter Gewalt, sie legt sich nicht auf eine bestimmte Kampfweise fest, sondern gebraucht alle Waffen nach Möglichkeit und Bedarf. Der politische Massenstreik ist nur eines der Mittel, ob auch eines der vornehmsten. Es gilt den politischen Streik überzuführen in den Aufstand, den bewaffneten Aufstand in die Revolution. Für den Sieg der Revolution ist die Benutzung der Waffen, Mittel und Methoden, deren sich der Gegenwartsstaat bedient, gegenüber diesem genau so notwendig, wie die vorübergehende Diktatur der geknechteten Klasse zur Beseitigung der Klassen.

Das wechselseitige Verhältnis zwischen der Union und den politischen Parteien wird durch grundsätzliche Motive auf Seiten der Union und durch taktische Erwägungen auf Seiten der Parteien geregelt.

Grundsatz ist für die Union die revolutionäre marxistische Methode, sie kann also nur mit Parteien sich austauschen und zusammenwirken, die aktiv revolutionär im Sinne Karl Marx' sind. Als solche kommen nur die Parteien in Frage, die sich zur Diktatur des Proletariats bekennen und bereit sind, diese revolutionäre Forderung mit revolutionären Mitteln durchzusetzen.

Auf der anderen Seite sehen die Parteien die Union in der Hauptsache mit parteitaktisch getrüben Augen an. Sie haben, mit Ausnahme der jungen kommunistischen Arbeiterpartei sich der Union gegenüber bisher reserviert, vielfach feindlich verhalten. Die Ursache für diese Haltung dürfte einerseits in der Tatsache zu finden sein, daß die Parteien sich über den neubürgerlichen Charakter der Gewerkschaften trotz deren tausendfachen Sünden noch immer nicht recht klar sind. Sie haben außerdem die Gewerkschaften noch nicht als Staat im Staate erkannt. Sie glauben an eine „Gesundung“ durch Reform, wollen den gewerkschaftsstaatlichen Organismus nicht zertrümmern, sondern ihn, reformiert, benutzen. Ausnutzung der Gewerkschaften nennen sie das*). Diese Haltung ist aber

*) Sofern sich auch einzelne Führer der K. P. D. auf diesen Standpunkt stellen, lassen sie sich offenbar leiten von der Taktik der russischen Genossen in der Gewerkschaftsfrage. Gewiß soll vor einer Spaltung innerhalb einer Gewerkschaft die Möglichkeit einer Revolutionierung genauestens erwogen werden. Wo aber revolutionäre Gegenorganisationen von Bedeutung bereits bestehen, ist es Pflicht der Kommunisten, diesen beizutreten und diese zu unterstützen. Die Anwendung der Taktik der russischen kommunistischen Partei in der Gewerkschaftsfrage auf unsere deutsche Gewerkschaftsbewegung ist deshalb unmöglich, weil die Voraussetzungen für die Taktik in beiden Ländern grundverschieden sind. Während in Rußland die K. P. R. die dominierende Macht ist und die dortigen Gewerkschaften unter Zuhilfenahme dieser Macht in ein Instrument der Ausübung der proletarischen Klassendiktatur verwandelt konnte, also an ihrer Erhaltung unter diesen Umständen

unter Umständen gleichbedeutend mit einer Verleugnung des revolutionären Prinzips und des revolutionären Kampfes, wie im ersten Teil der Schrift bereits nachgewiesen wurde. Besonders fürchten die Parteien eine Spaltung ihrer Massen. Das hat z. B. Dißmann wiederholt sehr deutlich ausgesprochen. Wie wenig an dieser Befürchtung Rechtes ist, beweist die Wirklichkeit. U. S. P. D. und K. P. D. im Berghaubegebiet Westdeutschlands haben in ihren Reihen sowohl Gewerkschaftler als auch Unionisten, ohne daß die Geschlossenheit der Parteien um der Zugehörigkeit zu einer dieser beiden Organisationen willen gelitten hätte. Der Umstand, daß sich in den beiden letztgenannten Parteien (von der U. S. P. D. im linken Flügel) an Gewerkschaftlern fast ausnahmslos die Opposition sammelt, bringt diese Genossen den Unionisten ohne weiteres nahe. Diese Befürchtung müßte also vollkommen ausgelöscht sein durch die Tatsachen. Es ist übrigens durchaus nicht chrend für eine Partei, wenn sie, nur um Auseinandersetzungen zu vermeiden, sich vor einem unzweideutigen, klaren Bekenntnis fürchtet. Die in Frage kommenden revolutionären Parteien wissen sehr wohl, daß die Union die wirklich revolutionäre Organisation ist; sie wissen genau, daß der Gewerkschaftsgeist dem unionistischen Geiste nicht das Wasser reichen kann, sie wissen weiter, daß die Union revolutionär, die Gewerkschaften aber gegenrevolutionär sind, aber sie setzen sich trotzdem für die gegenrevolutionäre Organisation ein, die sie zu reformieren hoffen, und bekämpfen z. T. die Union. Solch bedauerlicher Irrtum rächt sich früher oder später an den Parteien selbst und zugleich an den Leibern, an dem Blute ihrer Mitglieder und deren Angehörigen, er rächt sich an der Revolution. Diese Erscheinung hat eine ihrer Ursachen, in dem sogenannten Bonzentum. Viele Parteiführer, Parteiunterführer und Parteifunktionäre haben zugleich auch einen „Posten“ in der Gewerkschaft. Der Zusammenhang ergibt sich aus dieser Feststellung von selbst und braucht nicht besonders bloßgelegt zu werden. Eine weitere Folgerung aus diesem Zusammenhang ist die, daß die Gewerkschaften durch ihre „Bonzen“ in den Parteien einen großen — in der U. S. P. D. leider noch den

naturgemäß erlieblich interessiert ist, sind in Deutschland die Gewerkschaften gerade entgegengesetzt ein Instrument in den Händen der Bourgeoisie und der Neubürgerlichen zur Veränderung der Machtergreifung durch das Proletariat. Unter Zuhilfenahme der bürgerstaatlichen Macht in Deutschland gehen die Gewerkschaften gegen den Kommunismus vor. Sie zu Instrumenten der proletarischen Revolution zu machen wäre nur möglich, wenn die Revolution gesiegt hätte. Da aber gerade der Sieg der Revolution in unserem Lande von der Zertrümmerung der deutschen Gewerkschaften abhängt, kann die Betätigung in den Gewerkschaften höchstens dann der Revolution förderlich sein, wenn sie sich die Zertrümmerung, die Spaltung — zugunsten der Union — zum Ziele setzen würde.

ausschlaggebenden — Einfluß ausüben, außer in einigen „radikaleren“ Bezirken, nämlich solchen, in denen ausgerechnet die Union bereits kräftig ist. Die Parteien müssen sich diese Kritik gefallen lassen; sie ist nicht zu widerlegen, weil sie lediglich Tatsachen feststellt. Es ist notwendig, daß die Parteien ihre Interessenpolitik gegenüber der Revolution aufgeben und alles dasjenige protegierten, stützen und fördern, was revolutionär in der Tat ist, dazu gehört die unionistische Organisation. Es ist ferner notwendig, daß die revolutionären Parteien alles Revolutionsfeindliche bekämpfen, dazu gehören die Gewerkschaften.

Das überaus schnelle Wachstum der Union bewirkt, welcher Hunger nach Klarheit im Kampf, welches Verlangen nach Reinlichkeit in der Organisation und welcher Drang nach revolutionärer Betätigung in den Massen steckt; und das in den Tagen — um mit Mehring zu sprechen — „wo die Pflege des guten Tones (gemeint ist die Zähmheit, die „Ruhe“) hoch über die Wahrung der Prinzipienklarheit gestellt wird.“ Der Bergarbeiterverband z. B. wird in bereits abschbarer Zeit durch die Union überflügelt sein, daran ist nicht zu zweifeln. Es zeigt sich hier der Wert zielbewußter Kampfarbeit im glänzendsten Lichte. Wie sehr die Union auf dem rechten Wege ist, möge ein Vergleich zwischen ihr und dem Metallarbeiterverband beleuchten:

Im Metallarbeiterverband hat bekanntlich die revolutionäre Opposition gesiegt. Dennoch schwankt das Charakterbild des Verbandes noch immer hin und her, ohne Halt und Festigkeit. Das ist erklärlich. Die reaktionäre Richtung (Rechtssozialisten, Opportunisten, Demokratiepostel) ist noch fast so stark, wie die siegreiche ehemalige Opposition selber. Die Resolution der letzten Generalversammlung, die eine Abänderung der Verwaltung fordert, ist ein Fetzen Papier geblieben. Der Verband hat Gift im Leibe, das ihm Atem und Tatkraft nimmt. Zu einheitlichen Aktionen ist er nicht fähig und wird dazu nicht fähig werden. Sein Pyrrhussieg ist die Utopie der langsamen Eroberung. Sein Sieg ist Eroberung, nicht Zertrümmerung, denn der siegreiche Opponent im Metallarbeiterverband zertrümmert nicht's; er wollte nur den gesamten Apparat „erobert“. Er behält — erobert — die Kasse (in der nichts drin ist), er behält die Einrichtungen, die Büros, das Beamtenheer (mit ein paar anderen Personen), kurz, er eroberte das System, um es zu behalten, nicht, um es zu zerschlagen und ein anderes zu schaffen; er „eroberte“ sich zugleich auch eine ungeheuer starke Opposition. Quintessenz: Der jetzige Metallarbeiterverband hat erstens dieselbe Bürokratie beibehalten, zweitens dasselbe Abhängigkeitsverhältnis seiner Mitglieder, drittens hat er eine unversöhnliche Opposition übernommen, deren Einfluß ihm ein schwerer Hemmschuh bei allen revolutionären Betätigungsversuchen sein wird, usw. — Wie steht es mit der Union? Sie ist im Gegensatz zum M. A. V. eine geschlossene Organisation,

an der sich nicht Revolutionäre und Opportunisten gegenüberstehen; sie ist eine Organisation ohne politische Opposition, weil ohne solche Gegensätze. Sie ist infolgedessen schlagkräftig und schlagfertig. Sie hat den alten Bergarbeiterverband faktisch bereits jetzt schon überwunden, d. h. seine unbedingte Vorherrschaft gebrochen, sie wird, wie gesagt, ihn zahlenmäßig in abschbarer Zeit überflügeln können. Der Sieg dieser ehemaligen Verbandsopposition, die sich dem Bonzeneinfluß, der famosen Verbandsdisziplin, der Führervormundschaft durch Austritt aus dem Verbandsverbande entzogen hat, ist bereits jetzt im Vergleich zu dem Scheinsiege der M. A. V.-Opposition ein geradezu glänzender. Zugleich hat die Union bei alledem noch eine immerhin ziemlich starke Opposition im Bergarbeiterverband selbst zurückgelassen. Sie selbst aber stellt dar als Objekt eine Organisation des Räte-systems, der proletarischen Diktatur, mit in sich selber (subjektiv) ausschließlicher Anwendung reiner Demokratie und Selbstbestimmung. Die revolutionären Bergarbeiter in der Union sind frei in ihren Entschlüssen, die revolutionären Metallarbeiter im Verband sind gebunden. Die Union hat einen brauchbaren Apparat für das Räte-system, der Metallarbeiterverband nicht; die Union kann und will revolutionär sein, der Metallarbeiterverband kann beides nicht.

Es entwickelt sich zwischen Metallarbeiterverband und Bergarbeiter-Union nunmehr eine Art Wettlauf um den Sieg der Methode. Die revolutionäre Tat, die Beweglichkeit des Instruments, seine Schlagkraft) und — seine Erfolge werden entscheidend sein. Für den klarblickenden Fachmann besteht kein Zweifel, daß der Metallarbeiterverband vor dem revolutionären Glanze der Union so vollständig kapitulieren wird, daß zuguterletzt von solch praktischer Bestätigung des hier Gesagten eine heilsame Wirkung auf die zur Ohnmacht verurteilte Gewerkschaftsopposition zu erwarten ist, die den begonnenen Siegeslauf der Union auf der ganzen Linie beschleunigen wird.

Der Sieg der Opposition des M. A. V. hat zunächst einmal die Triebkraft der unionistischen Ansätze in der Metallindustrie behindert. Die Wucht der Ereignisse hat eine Augenblickswirkung suggestiver Art auf die revolutionären Metallarbeiter ausgeübt. Es wird deshalb für die Union leichter sein, vorerst an die übrigen Verbände heranzukommen, immerhin beginnt sich auch die Stimmung für die Union im Metallarbeiterverband wieder Bahn zu brechen.

Die antirevolutionäre Tendenz der freigewerkschaftlichen Verbände, ihre Zaghaftigkeit, Kamplesscheu, ihr Verständigungs-wille hat außer der Charakterlosigkeit der Führer und der übrigen hier bereits gekennzeichneten Umstände, noch andere sehr reale Ursachen, auf deren Umgehung die Union sehr wohl ihr Augenmerk gerichtet hat. Eine Organisation, die nur Kämpfe zu führen wagt, wenn sie gefüllte Verbandskassen hat, macht sich mit den Erziehung

ihrer Massen zu solcherlei Lenkart für den revolutionären Kampf untauglich. Das haben die Gewerkschaften getan; ihre Mitglieder sind psychisch so an die Streikunterstützung gewöhnt bei Lohnkämpfen pp., daß sie kaum irgendwelche Energie aufbringen, wenn Streikunterstützung nicht zu erwarten ist oder wenn sie von oben herab versagt wird. Die Konzentration der Barmittel in den Verbandszentralen und das Verfügungsrecht über die Gelder in den Händen Weniger sichern der Zentrale in der Tat die Entscheidung nicht nur über Kampf oder Ruhe, über Revolution oder Evolution, wirtschaftlichen Kampf oder Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum, sondern auch über das Wohl und Wehe der Verbandsangehörigen überhaupt und zwar sowohl in Bezug auf das Arbeitsverhältnis der Mitglieder als auch hinsichtlich ihrer politischen Betätigung. Die Kasse regiert den Kurs des freigewerkschaftlichen Verbandes. Die Kampfkraft der Gewerkschaften ist also abhängig von dem Vorhandensein eines lediglich dem Kapitalismus eigenen ökonomischen Machtfaktors, des Geldes, und von der Willkür einiger weniger Personen. Wenn das Bewußtsein der Verbandsmitglieder rechnet mit der materiellen Unterstützung eines Kampfes durch die Verbandskasse, so betrügt sich diese Mitgliedschaft selber; sie macht notgedrungen gleichgültiger, als es für den revolutionären Kampf erträglich ist, abgesehen davon, daß der Versuch, das Kapital mit einem geradezu winzigen Bruchteil seiner eigenen Kampfswaffe, dem Gelde, zu schlagen, nicht mehr als eine Farce ist, besonders seitdem die Unternehmerverbände ihre Organisationen immer mehr gefestigt haben. Die Streikunterstützung von Verbandswegen demoralisiert den revolutionären Geist. Die Union sieht Streikunterstützungen nicht vor. Sie lehnt jede Konzentration von Geldmitteln in der Hand einer Zentrale ab, soweit sie nicht zur Geschäftsführung und Verwaltung erforderlich sind. Sie beläßt die durch Beiträge gesammelten Geldreserven den lokalen Betriebsorganisationen, also dem Betrieb, dem Schacht oder dergl. zur freien Verfügung im Sinne der Richtlinien der Organisation. Die Union erhebt nur verhältnismäßig geringe Beiträge, die in der Hauptsache für Propaganda, Rechisschutz, Aufrechterhaltung und Ausbau der Organisation usw. Verwendung finden. Die durch die Union festgesetzten Organisationsbeiträge belaufen sich in der Regel auf höchstens ein Fünftel bis ein Viertel der von den Verbänden geforderten Beitragssummen. Es ist interessant, sich an einem durchaus nicht besonders krassen Beispiel zu vergegenwärtigen, wie die hohen Beiträge in den Gewerkschaften verwandt werden. Als auf der am 9. März 1920 abgehaltenen Generalversammlung des Zentralverbandes der Angestellten der Kassensführer den Mitgliedern den Voranschlag für 1920 unterbreitete, schloß er mit den Worten, daß die Erhöhung der Mitgliederbeiträge den

Verband in die Lage setze, weiter den Charakter einer Kampforganisation zu tragen. Er dachte dabei selbstverständlich an keine Kampforganisation in dem Sinne, daß diese die Bestimmung habe, die Angestellten als Proletarier aus dem Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsweise herauszulösen durch Zertrümmerung der kapitalistischen Wirtschaftsweise, er dachte dabei natürlich an eine Kampforganisation, die die Aufgabe hat, für die Angestellten bestimmte wirtschaftliche Vorteile herauszuholen. Da im laufenden Jahre das Arbeitgeberium gutwillig am allerwenigsten zu Lohnerhöhungen bereit sein wird, muß das Kampfmittel des Streiks ins Auge gefaßt werden. Welche Summen dafür in Ansatz gebracht werden, darüber gibt der Voranschlag lehrreichen Aufschluß. Man erwartet aus den erhöhten Mitgliederbeiträgen eine Einnahme von 4 005 000 Mark. In den Ausgaben erscheinen 2 196 000 Mark für Angestellten-Gehälter und Löhne für Aushilfskräfte, die jedoch noch erhöht werden müssen. Da man von vornherein einen Kassensüberschuß von 300 000 Mk. sichern will, bleiben für Kampfwert 1 275 428 Mark, von welcher Summe jedoch noch nicht die hohen Beiträge für Zeitungen, Agitation, innere Verwaltung usw. abgezogen sind. Man rechne — sehr günstige Annahme — daß 1 000 000 Mk. für Kampfwert zur Verfügung stehen. Das wären also 25 Prozent der riesigen Einnahmen, die dem Zentralverband der Angestellten den Charakter einer Kampforganisation wahren sollen. Dasselbe Bild zeigt sich bei allen übrigen Gewerkschaften. So werden die Proletariergroschen verwandt!

Da die Union weder ein Beamtenmeer ernährt noch besonders große Ausgaben in Form von Unterstützungen zu bedenken hat, so ist erklärlich, daß sie mit einem niedrigen Beitrag auskommen kann. Der niedrige Beitrag ist eines der wirksamsten Vorbeugungsmittel gegen jeden Versuch der Bürokratisierung der Organisation.

Die Union sieht ihre Stärke in ihrem einheitlichen revolutionären Ziel. Sie bindet ihren Betriebsorganisationen nicht die Hände und ihren Massen nicht den revolutionären Sinn. Sie stützt sich nicht auf eine träge, schwer zu bewegende, an die Zentralkasse gebundene Masse, sondern auf die freiwillige Solidarität, welche die revolutionäre Moral gebietet und die den in den Betriebsorganisationen vereinigten Unionisten zugeeignet sein soll. Sie ist keine Unterstützungs-, sondern eine Kampforganisation.

Als solche verwirft sie u. a. Verträge mit dem Kapital und der Bourgeoisie mit ihren Institutionen. Verträge sind Verpflichtungen, irgendeinen Kampf nicht aufzunehmen oder einen bereits aufgenommenen Kampf abzubrechen. Die Union kämpft als revolutionäre Organisation unerbittlich mit allen Mitteln. Verträge aber bedeuten Frieden, nicht Kampf. Sie sind nur unter besonderen Umständen in Erwägung zu ziehen. Weil das Kapital nur durch den aufopferndsten Kampf der Arbeiterklasse besiegt werden kann, so bedeutet während dieses Kampfes jeder Burgfrieden mit dem

Kapital — dem Unternehmer — also jeder Vertrag, einen kapitalistischen Sieg. Diejenige proletarische Organisation, die in einer revolutionären Periode dem Kapital einen Vertrag anbietet, bietet ihm einen Sieg an. Die permanente Arbeitsgemeinschaft gar, die die Gewerkschaftsführer mit dem Unternehmertum eingegangen ist, stellt den schändlichsten, umfangreichsten und zugleich gefährlichsten Verrat durch Führer dar, der je an der Arbeiterklasse begangen worden ist. Es zeugt von einer grenzenlosen Korruptiertheit des Gewerkschaftsgeistes, daß die Mehrheit in den Berufsverbänden, mit Ausnahme im Metallarbeiterverbände, und einiger belanglosen Berufsgruppen, an der farnosen Arbeitsgemeinschaft festhält. Diese dem revolutionären Standpunkte durchaus entgegengesetzte Haltung ist die naturnotwendige Folge der ganzen gewerkschaftlichen Organisationsform und Entwicklung, die eine antirevolutionäre in dem Augenblicke wurde, in der die Gewerkschaften ihren Wert für die Arbeiterklasse beweisen sollten. War in der vorrevolutionären Periode die gewerkschaftliche Tarifpolitik der friedlichen Emanzipation, besser gesagt, der Reform, angepaßt, so mußten mit Beginn der Revolution, die das Stadium des Kampfes der Klassen auf Leben und Tod ist, die Mittel der friedlichen Reform, wie sie nun einmal waren, ersetzt werden durch revolutionäre Mittel. Man kann keinen Krieg führen mit Friedensmethoden. Die Revolution, also der offene Kriegszustand zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, forderte von den Gewerkschaften die Umstellung auf den Kriegszustand, sozusagen die Mobilmachung. Darauf war jedoch die gewerkschaftliche Organisation nicht eingerichtet, geistig nicht im geringsten vorbereitet und natürlich auch nicht fähig. Ihr Organismus taugt nicht für die Revolution, er war und bleibt zugeschnitten auf Evolution. Mildernd, wenn auch keinesfalls entschuldigend, könnte in bezug auf die für die Revolution verhängnisvolle Vertrags-(Tarif-)Politik der Gewerkschaften geltend gemacht werden, daß sie die Notwendigkeit der Aenderung der Kampfmethode zugleich mit der Aenderung der Situation, deshalb übersehen haben, weil die Lohntarife dem Kapital chemals, als es noch in voller Machtposition residierte, Konzessionen abzwangen. Das waren zwar nur Scheinkonzessionen, aber sie bedeuteten die Einhaltung gewisser Grenzen in der direkten Ausbeutung. In der revolutionären Epoche, in der Zeit, in der das Kapital wankt, bedeuten Tarifabschlüsse Konzessionen der Arbeiterschaft an das Kapital. Sie hindern das Proletariat in seinen revolutionären Forderungen, binden es an Vereinbarungen und halten so das Kapital im Sturze auf.

Aus dieser Erkenntnis heraus lehnt die Union die Tarifverträge in der revolutionären Periode ab.

Sie regelt ihre Forderungen durch solidarische Vereinbarungen unter sich und kämpft diese Forderungen, wenn und solange dies notwendig und möglich ist, dem Kapital und dem bürgerlichen Staate gegenüber durch.

Es wäre verständlich, wenn die revolutionären Arbeiter sich in hellen Scharen unter dem Banner der Union sammelten. Leider ist dem noch nicht allgemein so. Alle Voraussetzungen für den Umsturz der Gewerkschaften, für ihre Ablösung durch die Union sind gegeben, nur die eine nicht: die Kenntnis der unionistischen Ziele in den Massen im Gegensatz zu der gewerkschaftlichen Praxis. Das Programm der Union ist nicht genügend bekannt. Die erste Aufgabe, die sie in agitatorischer Hinsicht zu erfüllen hat, muß deshalb sein die Verbreitung ihrer Idee. Eine umfangreiche Propaganda muß eingeleitet werden, zu der diese Schrift ein erster Beitrag sein mag. In allen Betrieben mögen sich die revolutionären Arbeiter der gewerkschaftlichen Bevormundung durch den Austritt aus ihrem Verbände entziehen. Überall müssen Unionen gegründet werden ungeachtet des Geschreis und Geheuls der Gewerkschaftsanatiker; die die revolutionäre Seele des Proletariats dem Wahne einer vermeintlichen Demokratie opfern. „Verbandszersplitterer“ usw. wird man den vorwärtsschreitenden revolutionären Genossen entgegenrufen. Das ist kein Schimpfwort für sie, sondern ein Ehrentitel. Die Zersplitterung der Verbände ist eine zum Heile des Proletariats notwendige revolutionäre Tat. Die alte Anhänglichkeit an einen Verband, an dem mancher Genosse jahrzehntelang mitgebaut und mitbesorgt hat, darf niemals zum Verrat an der Revolution verleiten; die Treue zu den Gewerkschaften aber fordert solchen Verrat an der Revolution. Deshalb ist für jeden aufrechten, ehrlichen proletarischen Kämpfer die Abkehr von den Gewerkschaften eine Notwendigkeit. Die Gelder, die von den Genossen im Laufe der Jahre in die Verbände hineingesteckt wurden, sind verputzt, zumeist dem Beamtenheer in die Futterkrippen geflossen, zum kleinen Teil verkämpft. Das Verbandsvermögen, auf sämtliche Mitglieder prozentual verrechnet, beträgt nur wenige Mark auf den Kopf, zum Teil nur einige Groschen. Der Genosse, der sich von seinem Verbände trennt und sich der Union zuwendet, gibt keine materiellen Güter auf, tauscht aber Klarheit, Wahrheit und Energie ein. Die unionistische Bewegung wird manchen Strauß zu bestehen haben; ihr wird das Schicksal jeder jungen, aufstrebenden, revolutionären Organisation nicht erspart bleiben. Die Unionisten müssen opferbereit sein und treu ausharren im Kampfe, gleichwie unsere sozialistischen Vorkämpfer es getan haben. Die Union ist berufen, den Bau der neuen Welt auf ihren Schultern zu tragen: mögen es kräftige, nie schwankende Schultern sein!

Wien, den 1. Mai 1920.